

HEUSS-FORUM
1/2016

Frank Bösch

Krisenkinder: Thatcher,
die Grünen und der Wandel
des Politischen in den
1970/80er Jahren

Theodor-Heuss-Kolloquium 2016
Die neoliberale Herausforderung und
der Wandel des Liberalismus im späten
20. Jahrhundert
3.–4. November 2016

In Kooperation mit dem
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG 

Frank Bösch

Krisenkinder: Thatcher, die Grünen und der Wandel des Politischen in den 1970/80er Jahren¹

1979 kam es in der Bundesrepublik und Großbritannien zu zwei unverbundenen Ereignissen, die für einen grundsätzlichen Wandel des Politischen stehen. Bei den Briten übernahm Margaret Thatcher die Regierungsspitze, was als Auftakt für den Aufstieg des Neoliberalismus gilt.² In der Bundesrepublik gründeten sich dagegen fast zeitgleich die Grünen und zogen in die ersten Landesparlamente ein, was langfristig zur Verbreitung ökologischer Ansätze beitrug. Neoliberale und ökologische Politiken entstanden zwar unabhängig von- und konträr zueinander, entfalteten aber beide langfristig eine starke Wirkungsmacht, die unsere Gesellschaft heute in vielen Bereichen prägt. Bildlich gesprochen: Wir trennen heute unseren Müll, der dann von privaten Betreibern kommerziell verwertet wird.

Das Aufkommen von „Ökos“ und Neoliberalen hat auf den ersten Blick wenig gemeinsam und entsprechend werden sie stets getrennt voneinander thematisiert. Politiker wie Thatcher und Kelly, Fischer und Westerwelle scheinen vielmehr von verschiedenen Planeten und Zeiten zu stammen. Entsprechend setzte die deutsch-britische Forschung vor allem die Reformen unter Thatcher und Kohl in Beziehung, um ein abgeschwächtes und verzögertes

¹ Die mündliche Form dieses Vortrags wurde beibehalten. Eine ausführliche Darstellung erfolgt in meinem Buch: Frank Bösch: 1979. Globale Umbrüche in der Gegenwart, i. E. München 2018.

² David Harvey: A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2005, S. 1.

Durchsetzen marktliberaler Grundsätze in der Bundesrepublik auszumachen.³ Erklärt wurde dies mit den Differenzen im politischen System und der stärkeren Krise in Großbritannien.⁴ Darüber hinaus war die Bundesrepublik 1979 bereits viel marktwirtschaftlicher ausgerichtet als Großbritannien.

Ich möchte stattdessen heute eine andere, ergänzende Perspektive anbieten, die übergreifend das zeitgleiche Aufkommen marktorientierter *und* ökologischer Politiken diskutiert. Dabei möchte ich argumentieren, dass es durchaus strukturelle Bezüge für ihr Aufkommen gibt und beide Ausdrücke eines Wandels des Liberalismus waren. Mir geht es dabei also weniger um das „was“ als um das „wie“; also weniger um die konkreten Inhalte ihre Programmatiken als um deren Genese. Und gerade wenn man an das liberale Stammland von Theodor Heuss denkt, deutet sich diese indirekte Verwandtschaft von Liberalismus und Öko-Bewegung bereits an.

Ökologie und Neoliberalismus als radikale Krisenreaktionen

Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Neoliberale und ökologische Konzeptionen hatten und haben inhaltlich wenig gemeinsam. Das Eintreten für freie deregulierte Märkte und der Umweltschutz standen sich eher diametral gegenüber. Die Grünen Programmatiken gegen den Raubbau an der Natur, die „Ver-

³ Andreas Wirsching: Eine „Ära Kohl“? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982 – 1998, in: Meik Woyke (Hg.): Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 667-686, hier S. 672; Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 970-978.

⁴ Vgl. Dominik Geppert: Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979. München 2002, S. 427-433.

schwendungswirtschaft“ oder auch „ausbeuterische Wachstumszwänge“ lagen konträr zu den Wirtschaftsliberalen, die den Rückzug des Staats und den Abbau sozialer Leistungen forderten.⁵ Ebenso hatten Thatchers autoritärer Führungsstil und ihr Patriotismus kaum etwas mit den basisdemokratischen und pazifistischen Grünen gemein, die Minderheiten und sozial Schwache vor dem Kapitalismus schützen wollten und sich in endlosen Diskussionen verloren. Gerade in der Bundesrepublik gewannen Liberale und Grüne ihre Dynamik aus der Abgrenzung voneinander. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Grünen ausgerechnet in Hessen früh Stärke und Macht gewannen, wo im einst liberalen Frankfurt nun ein alternatives Sponti Milieu auf einem boomendem Bankenplatz mit Hightech-Umgebung traf, vom Flughafen bis zur Atomkraft.⁶

Auf einer abstrakteren Ebene weist das Aufkommen wirtschaftsliberaler und ökologischer Strömungen jedoch durchaus Bezüge auf. So entwickelten sich beide in den 1970er Jahren aus der Wahrnehmung fundamentaler Krisen, aus denen sie geradezu apodiktisch einen alternativlosen Zwang zur Umkehr erforderten. Thatchers Bonmot „There is no alternative“ entsprach auch der Rhetorik der Umweltbewegung. Beide lebten von geradezu apokalyptischen Krisendiagnosen, die mit einer Pathologisierung von Staat und Gesellschaft einhergingen. Es war ihre Überzeugung, an einem Abgrund zu stehen. Was für Thatchers Anhänger im „winter of discontent“ der streikbedingte Müll in den Städten war, war für die Grünen die vermüllte Natur.

Beide Strömungen bemühten sich dabei um die politische Umsetzung von neu etablierten

⁵ Zitierte Begriffe aus: Bundesprogramm der Grünen, 1980, S. 4f.

⁶ Edgar Wolfrum: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998 – 2005, München 2013, S. 43.

wissenschaftlichen Expertisen. Diese entsprachen zunächst nicht akademischen Mehrheitsmeinungen, sondern kamen von öffentlichkeitswirksamen Experten, die populäre Bücher verfasst hatten. Die Schriften und Fernsehauftritte von Milton Friedman, Rachel Carson oder Ralph Nader gaben insbesondere von den USA aus mediale Impulse, ergänzt durch Schlüsselwerke in Großbritannien und der Bundesrepublik. In der säkularisierten Politik entwickelten sich diese Schriften für Teile der Öffentlichkeit zu neuen Glaubenssätzen, die dann wiederum mitunter religiös kontextualisiert wurden – etwa mit Begriffen wie der „Rettung der Schöpfung“. Damit standen beide Paradigmenwechsel für eine Verwissenschaftlichung des Politischen, die oft mit computergenerierten Hochrechnungen um Legitimität rangen. Sie stehen dabei nicht nur für den Aufstieg von Experten, sondern zugleich für deren neue Konkurrenz untereinander, da unterschiedliche Experten um konkurrierende ökonomische und ökologische Deutungen rangen.

In beiden Fällen ging es darum, mit staatlichen Maßnahmen eine neue Ordnung zu stiften. Zugleich sahen Marktliberale und Grüne den bestehenden Staat kritisch, als Gefahr für die Entfaltung des Individuums. Staatliche Impulse spielten für ihr Aufkommen durchaus eine starke Rolle. Bezeichnenderweise war es die FDP unter ihrem Innenminister Genscher, die ab 1970 den Umweltschutz als politisches Ziel in den Vordergrund schob.⁷ Auch programmatisch griffen die Liberalen den Umweltschutz frühzeitig auf, stellten ihn dann aber in der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre wieder zurück. Die neu gegründeten Grünen konnten ab Ende der 1970er Jahre an dieses Erbe anknüpfen. Ähnliches galt für die liberale Verteidigung von Bürgerrechten, für die zunächst

⁷ Vgl. Frank Uekötter: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen 2015.

Innenminister Gerhart Baum stand. Auch dies griffen die neu entstehenden Grünen auf, etwa beim Protest gegen die Volkszählung 1983.

Zugleich knüpfte die Umweltbewegung zivilgesellschaftlich an das Erbe des Liberalismus an. Ihr ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwohl, ihre lokale Verankerung und ihr Aufbau von Vereinen erinnerten vielfältig an das liberale Milieu des 19. Jahrhunderts, ebenso ihre Diskussionsfreudigkeit und ihr Streben nach Öffentlichkeit, sei es durch Proteste oder eigene neue Medien. Dafür stand die 1979 gegründete „taz“ ebenso wie ihre anachronistisch wirkende Flugblattkultur, die ebenfalls an den Frühliberalismus erinnerte.

Soziokulturell gab es ebenfalls Bezüge. FDP und Grüne waren und blieben die Parteien, deren Wähler die höchsten Bildungsabschlüsse und den größten Bücherkonsum aufwiesen. Beide hatten ihre Hochburgen in den bürgerlichen Vierteln in den Groß- und Universitätsstädten, also den klassischen liberalen Milieus des 19. Jahrhunderts. Blickt man genauer auf die Wahlergebnisse, wird deutlich, dass die Grünen zunehmend die Hochburgen der FDP übernahmen, letztere aber weiterhin dort stark blieb. In einst liberal dominierten Städten wie Tübingen und Freiburg, Marburg oder Göttingen erreichten die Grünen rasch zweistellige Ergebnisse, dann zum Teil über 20 Prozent, ebenso in den innerstädtischen Altbauvierteln in Stuttgart oder Düsseldorf, in denen das klassische liberale Klientel wohnte, seien es Selbstständige oder Beamte. Selbst in einer liberalen Großstadt wie Frankfurt, wo die FDP 1949 noch 25 Prozent erreichte, kamen die Grünen bei der Stadtverordnetenwahl 2011 auf denselben Spitzenwert. Besonders die „Altbauviertel“ entwickelten sich dabei zu Quartieren, in denen die alte liberale und dann die neue grüne Bürgerlichkeit eine Heimstätte fand.

Kinder der Globalisierung

Sowohl das Aufkommen des Neoliberalismus als der Öko-Bewegung war eng mit der Erfahrung der Globalisierung verbunden. Finanzströme erschienen ebenso wenig an Grenzen gebunden wie Umweltschäden oder nukleare Bedrohungen. Beide Strömungen agierten zudem in diesen globalisierten Kontexten. So entstanden beide im Kontext transnationaler Think-Tanks – wie der neoliberalen Mont Pèlerin Society oder dem Club of Rome, die grenzübergreifende Modelle entwickelten. Ebenso beruhte ihre Umsetzung auf transnationalen Netzwerken, die an unterschiedlichen Orten der Welt experimentierten. Auch ihr Erfolg hing von der Implementierung internationaler Abkommen ab, sei es beim Freihandel oder beim Klimaschutz, die wiederum von transnationalen Institutionen wie Greenpeace oder dem IWF öffentlich begleitet wurden.

Besonders die USA waren bei diesem Wandel Vor- und Schreckbild zugleich. Für Thatcher, aber auch für westdeutsche Marktliberale hatte die deregulierte und frühzeitig privatisierte Wirtschaft in den USA eine starke Ausstrahlungskraft. Vergessen wird aber oft, dass die USA bereits Anfang der 1970er Jahre eine Vorreiterrolle beim Umweltschutz spielten, ausgerechnet unter Richard Nixon. Und ausgerechnet unter Gouverneur Ronald Reagan kam es in Kalifornien zum Ausbau alternativer Energien. Zudem entstanden transnationale Netzwerke von unten: In der Umweltbewegung besonders mit Frankreich, aber auch in die USA hineinreichend, besonders durch Petra Kellys transatlantische Vermittlungsrolle.⁸

Beide Strömungen forderten radikale kompromisslose Schritte, die quer zu den etablierten Rezepten des Nachkriegskonsenses stan-

⁸ Saskia Richter: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

den. In Zeiten verbreiteter Zukunftsangst entwarfen sie Visionen einer besseren Welt, die nur durch schmerzhafteste Einschnitte, durch Verzicht und einen langen Atem erreichbar seien. Beide forderten, den Gürtel enger zu schnallen. Auch die Grünen standen nicht einfach für einen technischen Rückschritt, sondern propagierten neue Technologien, die sich zum Teil langfristig durchsetzen. Von einem „Ende der Zukunft“ lässt sich somit trotz Abnahme der staatlichen Planungseuphorie nicht sprechen. Dafür nahmen Wirtschaftsliberale und Ökologen unpopuläre Maßnahmen in Kauf, auch Rückschläge bei Wahlen. Wenngleich die Segnungen des Neoliberalismus und der Ökologie der gesamten Gesellschaft zugutekommen sollten, trafen die Folgen der geplanten oder tatsächlich umgesetzten Reformen vor allem die Unterschichten – sei es bei den Mieten in London im Zuge der Privatisierungen, sei es bei Benzin- und Strompreisen im Falle ökologischer Reformen.

Ihre politischen Entwürfe waren in beiden Fällen risikoreiche Schritte, die vor allem für den Arbeitsmarkt Ungewissheiten bescherten. Der Vorwurf, Jobs zu vernichten, traf sowohl die Grünen als auch Anhänger des Thatcherismus. Die Grünen suchten zwar programmatisch das Bündnis zu den Gewerkschaften, doch ihre Verbindung zur heimischen Arbeiterbewegung blieb auch bei ihnen entsprechend dünn.

Die Verfechter wirtschaftsliberaler und ökologischer Reformen hatten klare Ziele. Ihr Weg und die konkrete Umsetzung war hingegen 1979 offen und entstand erst experimentell. Wie verschiedene neuere Studien betonten, tastete selbst Thatcher sich bei ihren Reformen schrittweise vor, ebenso die Grünen seit ihrer ersten Regierungsbeteiligung in Hessen. In vielen Fällen war erstaunlich, welche pragmatischen Kompromisse sie trotz ihrer radikalen Rhetorik tolerierten.

In beiden Fällen ging der Politikwechsel mit einem generationellen Wandel einher, nicht nur im alternativen Milieu. Auch die Generation Westerwelle, die sich seit 1979 bei den „Jungen Liberalen“ sammelte und den aufstiegsorientierten Optimismus der 1980er Jahre repräsentierte, trug zum Wandel bei. Da der FDP mit dem Abschied der Jungdemokraten eine ganze Nachwuchskohorte wegbrach, entstanden für die neu gegründeten Jungen Liberalen gewaltige Aufstiegschancen. Grüne und FDP wurden so zu Parteien der jüngeren Politiker.

Da beide Strömungen provokant und kompromisslos, konfliktorientiert und unkonventionell auftraten, polarisierten sie entsprechend. Die Umgangsformen mit politischen Gegnern erreichten eine neue Qualität im Konfrontationsgrad und Freund-Feind-Denken. Selbst *innerhalb* der britischen Tories, der FDP und der Grünen kam es zu harten, verletzenden Richtungskämpfen, wie sie bislang nicht üblich waren. Die Spaltung der FDP 1982, bei der rund 20.000 Mitglieder die Partei verließen und einige erfolglos eine neue Partei gründeten, unterstreicht dies. Und dass sich die grünen Fundis und Realos in den 1980er Jahren nicht trennten, wirkt angesichts ihrer Kämpfe wie ein Wunder.

Für diesen Wandel des Politischen standen auch ihre Führungspersonen. Ihre Ikonen, Margaret Thatcher und Petra Kelly, waren von ihren weltanschaulichen Ansätzen denkbar unterschiedlich. In beiden Fällen rückten jedoch, was damals ungewöhnlich war, erstmals in Europa Frauen an die Spitze, die zudem auch noch streitbar Männer herausforderten. Bei Thatchers Wahl war ihr Geschlecht in der Weltpresse zunächst die eigentliche Sensation, anfangs weniger ihr politischer Kurs. In der Bundesrepublik sprach etwa der Spiegel von

einem „Experiment mit der Frau an der Spitze“.⁹ Im Unterschied zu den Grünen förderte Thatcher freilich keine Frauen: Sie besetzte ihr Kabinett männlich und der Anteil von Tory-Frauen sank in ihren Fraktionen auf vier Prozent. Sie selbst nahm sich nicht als Frau in der Politik wahr, sondern betonte später, sie sei stolz, als „first scientist“ Premierminister geworden zu sein.¹⁰ Dennoch war selbst Thatcher ein wegweisendes Rollenmodell für Frauen in der Politik, da sie zeigte, dass sich Frauen in einer politischen Männerwelt durchsetzen konnten.

Ökologie und Neoliberalismus verfolgten Ziele, die über einzelne Reformen hinausreichten. Beide strebten an, das individuelle Denken und Handeln zu ändern. Die Förderung des Eigentums sollte bei den Wirtschaftsliberalen die Verantwortung stärken, was gerade Thatcher als eigentliches Ziel ihrer Privatisierungen sah. Ebenso ging es den Grünen darum, eine individuelle neue Verantwortung im Alltag zu etablieren, ob beim Einkaufen oder Hausbau. Obwohl sie beide für die individuelle Selbstverwirklichung eintraten, ging es ihnen damit um die Implementierung bestimmter Moralvorstellungen und Normen und folglich eben auch wieder um eine Bevormundung, die durch Sanktionen und Subventionen durchgesetzt werden sollte.

Grundsätzlich unterschiedlich war natürlich ihr Verhältnis zur Rolle des Staats. Grüne Parteien vertrauten auf den Staat beim Umbau der Gesellschaft, bei der Schaffung einer ökologischen Wirtschaft und bei der sozialen Absicherung. Allerdings zeichnete sich auch das alternative Milieu durch eine gewisse Distanz zum

⁹ Spiegel 7.5.1979, S. 119; ähnlich: FAZ 19.5.1979, BuZ S. 1; ZEIT 30.3.1979.

¹⁰ So im BBC-Interview 1993, zit. in: John Campbell: Margaret Thatcher Volume Two: The Iron Lady, London 2003, S. 2.

Staat und zu staatsnahen Institutionen aus. Selbstständiges Wirtschaften war auch im alternativen Milieu ein wichtiges Ziel und eine neu aufblühende Praxis, wenngleich sie oft auf Subventionen angewiesen blieb. Ein Ziel war dabei, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit sowie von Arbeit, Politik und Freizeit aufzuheben. Bekanntlich entstanden zahlreiche alternative Verlage, Architektur- und Anwaltspraxen, Schneidereien, Fahrradwerkstätten oder Bäckereien, die trotz geringen Einkommens selbstständig oder als Kollektiv mit flachen Hierarchien Dienstleitungen erbrachten. Ebenso förderten sie privat getragene Schulen und Kindergärten. In der Bundesrepublik waren nach Schätzungen 1986 rund 200.000 Menschen hier beschäftigt, in ihrem Umfeld vermutlich mehr.¹¹ Wer heute durch eine grüne Hochburg wie Kreuzberg spaziert, findet lauter kleine selbstständige Läden mit einem neuen alten Mittelstand, wie er einst in den Städten das Rückgrat der Liberalen bildete.

Bei diesen Kleinselbstständigen spielten die Eigeninitiative, Durchhaltekraft und Flexibilität eine entscheidende Rolle, weshalb auch diese Betriebe zur Ausbildung eines „unternehmerischen Selbst“ beitrugen, als Verhaltensschule von Aktivität und Vernetzung.¹² Diese Präferenz der Eigeninitiative und Selbstausschöpfung zeigte sich auch in der Organisation der Grünen. Ihr Apparat war denkbar klein und wurde dennoch argwöhnisch

¹¹ Vgl. Detlef Siegfried: Die Entpolitisierung des Privaten. Subjektkonstruktionen im alternativen Milieu, in: Frei / Süß (Hg.): Privatisierung, S. 124-139, hier S. 124; Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 323f, 347f.

¹² Zu diesem an Foucaults Gouvernementalität angelehnten Konzept: Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M. 2016.

beobachtet. Stattdessen arbeitete ihre Führungsspitze und viele in ihrem Milieu mit denkbar großer Selbstaufopferung. Auch dies war für den Liberalismus typisch: Seine Mitglieder waren in Verbände und Vereinen engagiert, aber Parteien gegenüber blieben sie distanziert. Entsprechend wenige Mitglieder hatte die FDP, ebenso dann die Grünen. Wer die Freiheit des Individuums gegenüber Institutionen betont, ist Parteien gegenüber skeptisch, glaubt meist über den Parteien zu stehen.

Fazit

Wie eingangs betont, ging es mir *nicht* darum, inhaltliche Ähnlichkeiten zwischen der marktliberalen und ökologischen Politik zu konstruieren, sondern ihr zeitgleiches Aufkommen auf Bezüge zu untersuchen, um so den Wandel des Politischen und des Liberalismus ergänzend aus einer anderen Perspektive zu beleuchten als sonst üblich. Dies ist zugleich ein Plädoyer dafür, die Veränderung des Liberalismus nicht isoliert zu betrachten.

Deutlich wird so, dass der Wandel des Politischen nicht einfach nur an bestimmten Personen wie Thatcher oder Lambsdorff hing, sondern strukturelle Gründe hatte – wie das Aufkommen von Gegenexperten, von globalen Netzwerken und spezifischen Krisendeutungen. Gemessen an den weitreichenden Ansprüchen ihrer Vordenker scheiterten der Neoliberalismus und die Umweltbewegung. Ihre Grundmaxime finden wir jedoch seit Ende der 1970er Jahre zunehmend im politischen und individuellen Handeln in Europa.

Die britischen Tories und die deutschen Grünen waren in Europa besonders markante Exponenten ihrer Strömungen. Jedoch wurden sie grenzübergreifend zu Modellen und ihre Ansätze sickerten auch in andere Parteien ein, besonders bei den Sozialdemokraten und bei Labour. Selbst die CDU griff ökologische An-

sätze auf und zementierte schließlich sogar den Atomausstieg, während die deutschen Grünen mit der „Agenda 2010“ Reformen umsetzten, die marktliberale Positionen in den Sozialstaat implementierten. Ebenso passten sich Bioprodukte und alternative Energie immer stärker in Marktstrukturen ein.

Die Bewährung des Kapitalismus wird in Deutschland heute am Einhalten ökonomischer und ökologischer Regeln gemessen. Wachstumsraten wie in China beeindrucken uns weniger, wenn dort Luft und Wasser wie im Ruhrgebiet der 1960er Jahre aussehen. Insofern sind ökologische und marktliberale Strukturen zu einer Art neuem Konsens geworden, der nun wiederum angefochten wird.

Zitation:

Frank Bösch: Krisenkinder: Thatcher, die Grünen und der Wandel des Politischen in den 1970/80er Jahren, in: HEUSS-FORUM 1/2016, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_1_2016.